

STREIT IN DER UNIONSFRAKTION

Rentenpaket steht: Was die Einigung für Union, SPD und die Junge Gruppe bedeutet

Obwohl Merz und Spahn für den Kompromiss werben, halten die jungen Unionsabgeordneten an ihrer Kritik fest. Ein Überblick über die wichtigsten Streitpunkte.



Sinem Koyuncu

28.11.2025, 20:02 Uhr



Wird Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) auf seine jungen Parteikollegen zählen können?

Fabian Sommer/dpa

Der Koalitionsausschuss hat eine Einigung im ewigen Rentenstreit erzielt und das nicht zugunsten der jungen Unionsabgeordneten. Letztere haben in den vergangenen Wochen unermüdlich gegen den Entwurf rebelliert. Union und SPD bringen das Rentenpaket nun wie geplant in den Bundestag ein; ergänzt wird er mit einem Begleittext. Mit diesem will man den Kritikern aus der Jungen Union entgegenkommen.

Darin steht Medienberichten zufolge etwa, dass die sogenannte Haltelinie, also das Festschreiben des Rentenniveaus auf 48 Prozent – der Hauptkonfliktpunkt des Rentenstreits – durch eine Rentenkommission überprüft werden soll. Sie soll wohl noch in diesem Jahr eingesetzt und zum Teil politisch besetzt werden. Die Vorschläge zur Reform der Alterssicherung sollen bis Ende Juni 2026 von der Kommission vorgelegt werden.

Wird das den jungen Unionsabgeordneten reichen?

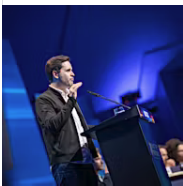
Zudem sollen sich CDU/CSU und SPD darauf geeinigt haben, die Einführung eines „Nachholfaktors“ zu prüfen, mit dem der zusätzliche Finanzbedarf künftig wieder zurückgeführt werden soll. Für die Stärkung der privaten Altersvorsorge junger Menschen sei ein Aktienpaket in Höhe von zehn Milliarden Euro geplant. Die Sozialversicherungsbeiträge sollen zudem für die kommenden zehn Jahre stabil gehalten werden.

Ob das den jungen Unionsabgeordneten reichen wird, bleibt offen. Bis zuletzt haben sie gegen das Rentenpaket rebelliert und sich sogar öffentlich mit Bundeskanzler Friedrich Merz angelegt. Nach Informationen des Spiegels sollen Fraktionschef Jens Spahn und Merz in der Unionsfraktion am Morgen für den Kompromiss geworben haben. Auf absehbare Zeit werde man keine anderen Mehrheiten haben.



Rentenpaket unter Beschuss: So steht Merz zur Vertrauensfrage

Politik 25.11.2025



Zukunft der CDU: Johannes Winkel als rebellischer Hoffnungsträger?

Politik 20.11.2025



Spahn soll jungen Abgeordneten gedroht haben

Medien berichten, Spahn habe den jungen Mitgliedern „gedroht“ – etwa mit dem Verlust ihrer Listenplätze – sollten sie dem Rentenpaket der Bundesregierung im Bundestag nicht zustimmen. Damit stellt sich Spahn hinter den Kanzler. Doch was will dieser überhaupt? Und was wollen die jungen Rebellen?

Kanzler Merz will im Sinne der schwarz-roten Koalition, dass das Rentenpaket noch in diesem Jahr verabschiedet wird – und zwar ohne die Stimmen von AfD oder Linken. Dafür brauch er seine Leute und zu diesen gehören auch die 18 jungen Abgeordneten, die die Junge Gruppe innerhalb der Union bilden. Sollten diese sich bei der Abstimmung im Bundestag kommende Woche querstellen, könnte das Gesetz scheitern.

Worum es Merz im Rentenstreit geht

Für Merz geht es dabei vor allem um die beiden Unionsprojekte: die Aktivrente und die Mütterrente. Insbesondere Letzteres war ein Wunsch der CSU. Das Festschreiben der Haltelinie des Rentenniveaus ist auf die SPD zurückzuführen.

Der Kanzler zeigt sich indes zuversichtlich: So soll es eine Reihe von „sehr konstruktiven und nachdenklichen“ Beiträgen gegeben haben in den Gesprächen, die er am Morgen mit der Jungen Gruppe hatte. „Ich rechne mit Zustimmung“ und einer „breiten Unterstützung“ in der Fraktion, so Merz. Doch was sagt die Junge Gruppe eigentlich?

Begleittext als „unverbindliche Absichtsbekundung“

Am Donnerstag noch erklärte der Vorsitzende der Jungen Gruppe, Pascal Reddig, er erhoffe sich vom Koalitionsausschuss eine Lösung im Dauerstreit um die Rente. Er betonte, der Nachwuchs sei kompromissbereit. Klar sei, dass es keine Rentenkürzungen und nach 2031 auch keine Nullrunden geben solle. Das müsse mit dem Ziel verbunden werden, die zum Teil hohen Kosten in den 2030er-Jahren zu reduzieren. Einen Begleittext zum Rentenpaket, so wie es am Ende nun eingetroffen ist, betitelte er am Vortag noch als „unverbindliche Absichtsbekundung“.

Wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet, wollen die jungen Unionsabgeordneten dennoch an ihren Positionen festhalten – trotz Spahns Drohung. So seien viele der jüngeren Abgeordneten nicht langfristig auf ihre Mandate angewiesen und verfügten über gute berufliche Perspektive außerhalb der Politik. Ihr Abstimmungsverhalten würden sie aus Rücksicht auf mögliche politische Karrieren nicht verändern.

Folgekosten von mindestens 115 Milliarden Euro

Die 18 Abgeordneten der Jungen Gruppe spricht sich seit Wochen lautstark gegen das geplante Gesetz aus. Zwar akzeptieren sie das im Koalitionsvertrag festgelegte 48-Prozent-Rentenniveau bis 2031, die höheren Werte für die Zeit danach lehnen sie jedoch ab. Sie befürchten hohe Mehrkosten von mindestens 115 Milliarden Euro.

Die Koalitionsspitzen trafen sich am Donnerstagabend zum Koalitionsgipfel und tagten bis in die Nacht. Unter Leitung von Bundeskanzler Merz beendete der Koalitionsausschuss seine Beratung.

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.